

Sozialismus oder Barbarei

Die finanzielle und militärische Aggressivität der USA ist die größte Bedrohung der Menschheit

Von Michael Hudson

Rosa Luxemburgs Name wird heute am häufigsten im Zusammenhang mit ihrer Aussage zitiert, dass sich die Menschen zwischen Sozialismus und Barbarei entscheiden müssen. Vor dieser Wahl stehen wir auch heute.

Die größte barbarische Bedrohung ist die finanzielle und militärische Aggressivität der USA gegen jedes Land, das eine eigene unabhängige Außen- oder Wirtschaftspolitik anstrebt. Die US-Regierung hat China und Russland als langfristige Hauptgegner in dieser Hinsicht ausgemacht. Deutschland und andere europäische Länder sollen für diese Strategie in ihre Einflussosphäre gezogen werden.

Die US-Diplomatie hat seit dem Zweiten Weltkrieg die europäische Politik durch verdeckte und oft gewaltsame Interventionen beeinflusst. Zu nennen wäre an dieser Stelle die Obristenherrschaft in Griechenland oder die verdeckt agierende NATO-Armee „Gladio“ in Italien.

Durch den Aufbau der NATO hat Washington versucht, die europäische Außenpolitik zu dominieren. Die Euro-Zone wurde ohne eine Zentralbank, die nationale Haushaltsdefiziten finanzieren kann, angelegt. Dadurch wurde ein System der Sparpolitik auferlegt, das sicherstellt, dass die Währungsgemeinschaft keine Bedrohung für die Dollar-Hegemonie wird.

Was bedeutet es für die Vereinigten Staaten, sich als „unverzichtbare Nation“ zu bezeichnen, wie es die US-Vertreter bei den Vereinten Nationen und die US-Staatssekretäre formuliert haben? Es bedeutet, dass andere Nationen von den Vereinigten Staaten abhängig werden müssen. Nur so können die USA unverzichtbar werden.

Der Finanzimperialismus der USA wurde nach 1945 durch das Bretton-Woods-System abgesichert. Im Internationalen Währungsfonds (IWF) haben die Vereinigten Staaten ein Vetorecht. Sie können widersprechen, wenn Kredite an Länder vergeben werden sollen, die gegen die neoliberale Außenpolitik der USA verstoßen. Das bedeutet auch, dass traditioneller Kreditstandards aufgegeben werden. So ist es zum Beispiel bei den IWF-Darlehen an die korrupte ukrainische Regierung und an die russische Regierung unter Boris Jelzin geschehen. Die überwiegende Mehrheit dieser Darlehen bestand darin, eine kleptokratische Klasse zu subventionieren. Die Kredite verschwanden durch Kapitalflucht und Insidergeschäfte schnell. Im Bereich des Außenhandels bestand die Strategie der USA und der Weltbank darin, andere Länder von der Produktion von Getreide und anderen Nahrungsmitteln abzuhalten, um die Abhängigkeit von der US-Agrarindustrie nicht zu verringern. Das Schwert der Nahrungsmittelabhängigkeit von der US-Agrarindustrie wurde in den fünfziger Jahren geschwungen, als die USA versuchten, Getreideexporte nach China zu unterbinden, nachdem Mao das Tschiang-Kai-Schek-Regime gestürzt hatte. Zum Glück für die Volksrepublik brach Kanada den US-Kordon, der darauf abzielte, China politisch zu unterwerfen.

Die Vereinigten Staaten haben eine eigene Fremdenlegion in Form von Al-Quaida und anderen terroristischen Gruppen geschaffen, um Länder anzugreifen, die sich gegen den Verkauf ihrer Öl- und Rohstoffressourcen an multinationale US-Konzerne wehren. Für US-Strategen ist ein solcher Krieg die Voraussetzung für eine Ausdehnung des Geldimperialismus. Sein Hauptziel nach wie vor der Nahe Osten, aber es wird erwartet, dass Europa die „unbeabsichtigten Folgen“ oder „Externalitäten“ in Form Tausender Flüchtlinge aufnehmen wird.

Mich erstaunt, wie die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union einerseits die Einwanderung von Flüchtlingen ablehnen können, andererseits aber als unbedingte Befürworter der NATO und der Zerstörung des Nahen Ostens als Verursacher für die Vertreibung der Menschen auftreten. Wenn sie sich nicht gegen diese Politik der USA wehren, werden die europäischen Regierungen zu Komplizen des US-amerikanischen Weges zur Barbarei.

Übersetzung: **Simon Zeise**

Michael Hudson wurde am 13. März 1939 in Chicago geboren. Sein Patenonkel war der russische Revolutionär Leo Trotzki, der mit einem Eispickel ermordet wurde, der Hudsons Tante gehörte. Nach seiner Doktorarbeit studierte er den Finanzkapitalismus als Angestellter der Chase Manhattan Bank. 1972 publizierte Hudson sein Hauptwerk „Super Imperialism“, das 2018 unter dem Titel „Finanzimperialismus“ erstmals auf deutsch erschien. Darin arbeitete heraus, dass sich die USA nach der Lösung vom Goldstandard vom Gläubiger zum Schuldner der übrigen Welt entwickelten. Staaten, die ihre Ersparnisse in US-Staatsanleihen anlegten, finanzierten dadurch den Rüstungshaushalt Washingtons. Hudson erhielt einen Großauftrag vom Verteidigungsministerium, um den Beamten zu erklären, wie der US-Imperialismus funktioniert.

Ab 1979 arbeitete Hudson für das Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen. In dieser Zeit warnte er davor, dass mehrere Staaten in Lateinamerika ihre Staatsschulden nicht bezahlen konnten. Im Anschluss widmete er sich der Bedeutung von steigenden Schulden in der Antike. Er gründete das „Institute for the Study of the Establishment of Long Term Economic Trends“. Hudson war einer von nur wenigen Ökonomen, die öffentlich vor der Finanzkrise 2007 warnten, infolge derer neben dem Anthropologen David Graeber zu einem Vordenker der Bewegung „Occupy Wall Street“ avancierte. Im Zuge der Euro-Krise beriet er Regierungen von Island und Lettland. In China lehrt er an der „Peking Universität“ in Beijing. Bei der XXIV. Rosa-Luxemburg-Konferenz wird er über „Die nächsten Kriege“ referieren.

=> <http://www.michael-hudson.com/>

=> www.rosa-luxemburg-konferenz.de

Kriege, Sanktionen, Austeritätspolitik: Die Vereinigten Staaten sind die imperialistische Hauptmacht. **Ein Gespräch mit Michael Hudson**

Imperialismus bedeutet Krieg...

Nein, Krieg ist nur ein Mittel, mit dem der Imperialismus seine Ziele durchsetzt. Imperialismus bedeutet, sich die Einkommen und das Eigentum anderer Länder anzueignen; deren Politik zu bestimmen, sie abhängig von der imperialen Macht zu machen. Der Imperialismus schafft ein internationales System, das unmittelbar vom Zentrum regiert wird.

Wie wichtig ist der Dollar für den US-Imperialismus?

Seit 1971, als die USA den Goldstandard aufgaben, ist der Dollar bis heute das Mittel, um sich das Geld anderer Länder anzueignen. Die Zentralbanken anderer Länder halten ihre Ersparnisse zum Großteil in Form von Krediten der USA, in US-Staatsanleihen oder anderen Investitionen in den Vereinigten Staaten. Allerdings hat sich in den vergangenen Monaten einiges geändert. Der russische Präsident Wladimir Putin hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die US-Regierung andere Länder aus dem Dollar-Währungsgebiet treibt. China, Russland und andere Staaten sind verunsichert, ob sie ihr Geld in Dollar anlegen sollen, weil es ganz einfach beschlagnahmt werden kann. Hinzu kommt, dass sich diese Staaten darüber im klaren sind, durch den Erwerb von US-Staatsanleihen ihre eigene militärische Umzingelung zu finanzieren. Darauf sind sie selbstverständlich nicht besonders erpicht, weshalb sie mehr und mehr Geld in Gold und Euros investieren. Sie wollen nicht mit ihren Rücklagen den US-Rüstungshaushalt finanzieren.

Wie setzen die USA ihre Interessen durch?

Indem sie ihre eigenen Regeln schaffen. Die USA haben Sanktionen gegen Iran verhängt. Jedes Land, das eine Bank nutzt, um Handel mit Iran zu treiben, kann mit Milliardenstrafen belegt oder dessen Bürger können verhaftet werden. So ist es Anfang Dezember geschehen, als die Finanzchefin des chinesischen Technologiekonzerns Huawei, Meng Wanzhou, in Kanada festgesetzt wurde.

Jedes Gesetz, das in den USA verabschiedet wird, muss in der Peripherie angewendet werden. Der Imperialismus hat eine totalitär geplante Wirtschaft geschaffen. Die Wirtschaft in der Peripherie wird vom ökonomischen Zentrum gelenkt. Die wesentlichen Akteure sind dabei die Vertreter der Wall Street und des Militärs.

Auf militärischem Gebiet nehmen die USA für sich in Anspruch, jedes Land angreifen zu können. Kein Staat darf über ein militärisches Verteidigungssystem verfügen, das einer Intervention standhalten kann. Deshalb ist Washington das russische Verteidigungssystem ein so großer Dorn im Auge. Die Aufgabe der NATO ist es, sicherzustellen, dass ein eskalierender Konflikt zwischen Russland und den USA in erster Linie auf europäischem Boden ausgetragen wird.

Welches Ziel verfolgt die US-Regierung in dem Handelskrieg mit China?

Alle Industriekonzerne, die Monopolrenten abwerfen, sollen von den USA kontrolliert werden. Besonders mit neuen Informationstechniken können hohe Wachstumsraten erzielt werden. Die Vereinigten Staaten können nicht länger als ein produzierendes Land handeln, weil die sogenannten Arbeitskosten zu hoch sind. Washington hat die Absicht, die chinesische Ökonomie zum Erliegen zu bringen. Die Kommandohöhen der Wirtschaft, die chinesischen Monopole, Banken, das Finanzsystem sollen von der Wall Street und nicht von Beijing befehligt werden.

Setzt US-Präsident Donald Trump außenpolitisch auf einen anderen Kurs als sein Amtsvorgänger Barack Obama?

Nein, Trumps Politik wird genauso von den Leuten des sogenannten tiefen Staates betrieben, Vertretern der Geheimdienste NSA und CIA. In militärischen Fragen hält er sich an die alten Kalten Krieger, die einen militärischen Konflikt in der Ukraine heraufbeschwören wollen, der sich in Europa ausbreiten soll. Nicht zu vergessen, dass Trump die Europäer auffordert, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Militär auszugeben. Unter den geltenden EU-Verträgen bedeutet das, wenn Länder mehr Geld für Waffen ausgeben wollen, müssen sie bei Sozialprogrammen sparen. Das heißt also: Wenn Trump fordert, mehr Geld für Waffen auszugeben, fordert er gleichzeitig, Sozialleistungen zu kürzen. Das Resultat ist die Austeritätspolitik. Dies ist ein Nebenprodukt des Imperialismus; Kürzungsprogramme werden in der Peripherie durchgesetzt, damit die Vermögen in den USA steigen.

Interview: **Simon Zeise**